

Vereinbarungen zwischen Trägerkommunen Vorrang vor staatlicher Lösung

In Anwesenheit des neuen Landwirtschaftsministers Klaus Matthiesen (SPD) befaßte sich der Ausschuß für Landesplanung und Verwaltungsreform mit der Auswertung der öffentlichen Anhörung zur Neuordnung der Chemischen und Lebensmitteluntersuchungsämter in NRW.

Wie Ausschußvorsitzender Herbert Faust (CDU) zum Abschluß der Erörterungen feststellte, kann die vom Minister eingereichte Vorlage 9/1425 als Grundlage für das weitere Vorgehen angesehen werden. Wie schon von den Fraktionssprechern Gerd Wendzinski (SPD) und Johannes Kaptain (CDU) betont worden sei, halte sich diese Vorlage auf der Linie der Ausschußbeschlüsse: Zum einen räume sie freiwilligen Vereinbarungen zwischen den Trägerkommunen Vorrang vor einer staatlichen Lösung ein, zum anderen mache sie deutlich, daß die Untersuchungsämter in Aufgaben, Einzugsbereich, personeller und apparativer Ausstattung so zugeschnitten sein sollten, daß sie heutigen Anforderungen gerecht würden. Positiv wurde ferner vermerkt, daß der Minister nunmehr von elf Regionen ausgehe, wodurch deutlich werde, daß man eine breite Zustimmung zur Gesamtlösung anstrebe. Offen sind noch Fragen der überregionalen Aufgabenwahrnehmung und der im Zusammenhang mit der Neuordnung erforderlichen Neufassung von Gesetzen und Verordnungen. Der Ausschuß war übereinstimmend der Auffassung, daß vor den Sommerferien 1984 die Ergebnisse der Neuordnungsüberlegungen vorliegen sollten.

Zentralkrankenhaus . . .

Fortsetzung von Seite 8
organisiert werden soll. Eine Nachfrist wird nicht mehr gewährt. Der Aufhebungstermin für das Amtsgericht Lechenich (1. Januar 1984) soll bestehen bleiben, wobei dann danach in Erftstadt-Lechenich eine Zweigstelle des Amtsgerichts Brühl eingerichtet wird. Heinz Paus (CDU) begründete für seine Fraktion die Ablehnung des Gesetzentwurfs mit seinen Änderungen. Die mittelfristige Finanzplanung, so bestätigte der Vertreter des Finanzministers, beinhaltet keine Mittel für die erste Baurate des Amtsgerichts Bergheim in 1986. Die CDU-Fraktion bat die Landesregierung, bis zur zweiten Lesung des Gesetzentwurfs die Bedenken des Finanzministers auszuräumen. Bei einer Veranstaltung in der Justizvollzugsanstalt Bochum wurden die stellvertretende Vorsitzende, Elisabeth Rickers (CDU) sowie Vorsitzender Reinhard auf die Probleme der Anwärterausbildung im Strafvollzug angesprochen. Die Justizministerin hatte in ihrem Bericht dargestellt, daß die Verbeamtung aller zur Zeit als Angestellte diensttuenden Bediensteten das vorrangige Ziel sei. So sei es bereits im laufenden Jahr gelungen, die Zahl der Angestellten von 440 auf derzeit 370 zu reduzieren.

Porträt der Woche



Fritz Wirtz (SPD)

Mit Ablauf dieser Legislaturperiode, im Frühsommer 1985, will Fritz Wirtz aus der Fraktion der SPD sein Mandat niederlegen – „Jüngere müssen ran!“, meint er schon heute, mit 62 Jahren. Sein Nachfolger im Wahlkreis 124 Bochum I dürfte auf einer „Bank“ sitzen; denn dieser Wahlkreis ist einer von denen, die der SPD traditionell sicher sind mit mindestens 60 Prozent der Wählerstimmen. „Leute aus dem Arbeitsleben, die die Probleme kennen“ – so Wirtz – finden alle Male mehr Vertrauen dort, wo viele noch im „Blaumann“ ihre Brötchen verdienen und solche besser verstehen, die ihre klare Sprache sprechen, die die SPD aber auch wieder mehr ansprechen muß, solange für sie das Alphabet noch bei A wie Arbeiter beginnt.

Der Name Fritz Wirtz stand und steht für eine solche Politik, er ist das geradezu klassische Beispiel für den – bis in die 60er Jahre typischen – Aufstieg eines Arbeiters und Gewerkschafters in der SPD. Geboren wurde er in Gelsenkirchen, einstmal „Stadt der 1000 Feuer“, als Sohn eines selbständigen Malermeisters, dem die Nazis die Werkstatt geschlossen, weil „der Sozialdemokrat den Mund nicht halten konnte“. Sohn Fritz absolvierte die Volksschule und lernte Werkzeugmacher, bis er 1941 „dienstverpflichtet“ wurde, zu den Marinewaffen nach Eckernförde. Dort wurde er umgeschult zum technischen Zeichner. Die Internierung nach Kriegsende dauerte nicht allzu lange, schon im August meldete sich der Heimkehrer wieder in seinem früheren Lehrbetrieb. Ein Jahr später trat Wirtz in die SPD ein („Was sonst!“); seine Arbeitskollegen wählten ihn in den Betriebsrat.

Damit begann seine eigentliche berufliche Laufbahn, die ihn als Geschäftsführer ausweist im Handbuch des Landtags – bei der Gewerkschaft, bei der IG Metall. Die schickte den „Neuen“ erst einmal auf die Akademie der Arbeit nach Frankfurt, dann wurde Wirtz Jugendsekretär im DGB-Ortsausschuß Bochum-Wattenscheid. Als infolge plötzlichen Todes des Amtsinhabers ein Nachfolger für den DGB-Vorsitz im Kreis Neuss-Grevenbroich gesucht wurde, fiel die Wahl auf Wirtz. Von 1954 bis 1960 war er – inzwischen verheiratet und Vater von zwei Kindern – Pendler zwischen Bochum und Neuss, ehe er die gleiche

Aufgabe in seiner Heimatstadt übernehmen konnte. Seit 1967 ist er 1. Bevollmächtigter der IG Metall in Bochum-Wattenscheid, auch Mitglied des Beirates und der Großen Tarifkommission. 1970 wechselte Wirtz aus dem Rat der Stadt Bochum (seit 1969) in den Landtag über, wo er in Ausschüssen tätig ist, die seinem beruflichen Weg und seinen Erfahrungen besonders entsprechen: Ausschuß für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Ausschuß für Grubensicherheit. Versteht sich, daß Wirtz sich leidenschaftlich zur Kohle-Vorrang-Politik bekennt, Braunkohle einbegriffen – „wir müssen da möglichst viele Arbeitsplätze halten!“ Zurückhaltung empfiehlt er beim verstärkten Einsatz von Kernenergie, „solange die Entsorgungsfrage nicht eindeutig geklärt ist“. Einen „Wald- oder Umweltpfennig“ hält Wirtz für „gut denkbar; alle sollten zahlen, nicht nur die Industrie“. Mit der Einführung von bleifreiem Benzin „sollte die Bundesrepublik ein Beispiel setzen“. Wer heute in Sachen Kohle und Stahl politisch aktiv ist, muß das Wort „Freizeit“ zwangsläufig ganz klein schreiben. Dabei hat Wirtz mit den Spielcasinos in Bad Aachen und Bad Oeynhausen zu tun, von Amts wegen. Die führen zehn Millionen Mark jährlich an die Stiftung Wohlfahrtspflege ab; Vorsitzender dieser segensreichen Einrichtung des Landes Nordrhein-Westfalen ist Fritz Wirtz. Mit den neun Mitgliedern des Stiftungsrates konnte er im vergangenen Jahr in 132 Fällen bestimmte Maßnahmen mit Zuschüssen aus der Spielbankabgabe fördern. In diesem Jahr sind es wieder zehn Millionen, über die die Stiftung Wohlfahrtspflege verfügen kann; behinderte und alte Menschen werden sich darüber ganz besonders freuen.

Hans Krieger